

Agenda

Aufgepasst: Buebetrickli!

Von Roland Stark



Es gibt Zeitungsartikel, die Jahr für Jahr erscheinen und sich wie ein Ei dem anderen gleichen. Kaum ein Buchstabe wird ausgewechselt; ausser ein paar Details ändert sich nichts: Dinner-for-One-Journalismus.

Dazu gehören etwa die Reportagen über die Bewältigung des Fasnachtsabfalls. Rappli-Berge, Kartonschachteln mit Mimosen und Orangen werden immer nach den dreyscheuschte Dääg in Handarbeit, mit Schneepflügen, Baggern und Saugern zusammengetragen und entsorgt. Den Journalisten bleibt dann noch die einfache Aufgabe, im Text das Jahr, die Anzahl Tonnen Müll und den Wetterbericht anzupassen.

In diese Kategorie «Gähn» fallen auch die ermüdenden «Wasserstandsmeldungen» über den Zustand und die Aussichten des bürgerlichen Bündnisses im Hinblick auf kommende nationale oder kantonale Wahlen. Vor einigen Wochen erschien wieder einmal so ein Artikel unter dem Titel «Unsichere Einigkeit» (BaZ, 10.4.2018). Fast identische Beschreibungen erschienen bereits vor 4, 8 und 12 Jahren. Stichworte wie immer: Personalnotstand, inhaltliche und strategische Orientierungslosigkeit, garniert mit den üblichen verbalen Selbstbeschwerden: «Zuversicht», «konstruktive Gespräche» und anderem Blablabla.

Getrübt werden die ohnehin bescheidenen Erfolgsaussichten noch dadurch, dass der zweifelhafte Partner mit dem Sünneli sein traditionelles Kampfwerkzeug, die Dreckschleuder, neuerdings auf das eigene Personal statt auf den politischen Gegner richtet.

Die linke Konkurrenz bewirtschaftet lieber hausgemachte Luxusprobleme. Verursacht auch durch praxisferne Bestimmungen in den SP-Statuten wie Amtszeitbeschränkung und Frauenquote.

Im Berner Bundeshaus sitzt für den Kanton Basel-Stadt nur ein Ständerat oder eine Ständerätin. Selbst mit allergrösster Anstrengung wird es die SP nicht schaffen, diesen Einzelposten nach der vorgeschriebenen 50/50-Geschlechterquote paritätisch zu besetzen. Darum hat ein männlicher Bewerber angeregt, in Zukunft nach dem Reissverschluss-Prinzip («Ritsch-Ratsch») zu nominieren: Mann – Frau – Mann. Nach dieser Logik wäre also 2019 endlich wieder einmal ein Mann an der Reihe. Was für eine glückliche Fügung!

Der schlaue Kandidat wird die sozialdemokratische Basis kaum überzeugen. Allein schon die statistischen Daten sprechen dagegen. Wenn im nächsten Jahr die Legislaturperiode zu Ende geht, wird Basel-Stadt insgesamt 155 Jahre lang durch einen Mann im Ständerat vertreten worden sein. Seit 1848 und dem ersten Ständerat Johann Jakob Stehlin (lib.) amtierten 18 männliche Ständeräte. Nur während den letzten Jahren, von 2003 bis 2019, vertrat eine Frau unseren Kanton in Bern. Der Mann findet: Das reicht.

Wie lange wird es wohl dauern, bis die bürgerlichen Herausforderer diese Steilvorlage verwerten? Immerhin stellten die Sozialdemokraten in den letzten 84 Jahren sechs Ständeräte (von Gustav Wenk über Hans Peter Tschudi und Carl Miville bis Anita Fetz), unterbrochen zwischen 1960 und 1967 durch einen «Betriebsunfall», den freisinnigen Eugen Dietschi. Nach dem Reissverschluss-Modell wäre doch eigentlich wieder einmal ein bürgerlicher Vertreter an der Reihe.

Die Erfahrung zeigt, dass in der Politik solche «Buebetrickli» in der Regel erfolglos bleiben. Deshalb wird Basel im nächsten Jahr wieder eine tüchtige Frau und wieder eine Sozialdemokratin in den Ständerat schicken. Und das ist gut so.

Schiblis Wahrheiten

Revolte im Hörsaal

Von Sigfried Schibli

Denk ich an 1968 in der Nacht, werd ich nicht um den Schlaf gebracht. Denn es war für mich eine relativ ruhige Zeit damals, geprägt von erster Liebe und wirren Lebensplänen. Noch Schüler an einem Basler Gymnasium, das sich für eine Eliteschule hielt, war ich mehr mit dem Büffeln von Griechischvokabeln und Geschichtsdaten beschäftigt als mit der Befreiung des Proletariats.

Ein paar Jährchen später holte auch mich der Furor der Emanzipationsbewegung heim. Als junger Student der Germanistik gehörte ich zu jenen, die das Studium selbstbewusst in die eigene Hand nehmen und den akademischen Staub von diesem alten Fach wegblasen wollten. Zwar konnte man Alt- und Mittelhochdeutsch schwerlich politisch umdeuten, auch wenn einer unerser Dozenten später sozialdemokratischer Regierungsrat wurde.

Aber zumindest in Teilbereichen der Germanistik liess sich da schon einiges nach links drehen. Meine erste Seminararbeit in Linguistik, die ich – Stichwort Kollektiv! – mit drei Kommilitoninnen und Kommilitonen zusammen schrieb, drehte sich ums Thema «Die Sprache der Werbung». Wir waren felsenfest davon überzeugt und konnten das mithilfe kluger Theoriewerke («Kritik der Warenästhetik») untermauern, dass Werbung die Menschen manipuliere und zu blinden Konsumenten erziehe – zu bewusstlosen Rädchen im Getriebe des Spätkapitalismus. Dass einige Gleichgesinnte später selber in der Werbebranche landeten und ihr Brot mit der systematischen Manipulation ahnungsloser Mitbürger verdienten, Mediensprecher von Banken wurden oder sich sonst wie mit dem «System» arrangierten, war eine Realität, die mein linkes Bewusstsein doch einigermaßen verblüffte.

Aber vorerst galt es noch, den Herren Professoren (Damen waren unter den Habilitierten Aus-

nahmen) zu zeigen, was Sache ist. Auch das liess sich am besten in und mit einer Gruppe bewerkstelligen. Wir gründeten also eine «Arbeitsgruppe materialistische Literaturwissenschaft» (oder so ähnlich) und knallten dem Dozenten, der damals erst Privatdozent und ohnehin eine etwas ängstliche Natur war, ein Seminarkonzept auf den Tisch. Es ging, glaube ich, um die deutsche Literatur im Zeitalter der Aufklärung, und darüber fanden wir tonnenweise Fachliteratur vor allem aus der DDR, die den zu diesem Thema politisch korrekten Standpunkt einnahm.

Obwohl niemand von uns das Leben in der DDR kannte und die wenigsten im engeren Sinn politisch engagiert waren, machten wir uns einigermaßen elegant wissenschaftliche Denkwesen und Thesen aus dem Arbeiter- und Bauernstaat zu eigen. Wir fanden Goethe öde und Büchner toll, sogen Arbeiterliteratur wie Nektar auf und liessen vieles, was nicht direkt politisch war, links liegen. Die Vorlesung des Hauptprofessors über Mystiker des Spätmittelalters besuchte man eher pflichtschuldig, das Herz schlug deutlich höher bei den Themen, die wir vordergründig für politisch hielten: Arbeiterbewegung, Revolution, Sozialismus.

Ich bereue keineswegs, diese Phase durchgemacht zu haben, denn immerhin war sie auch mit einer gewissen kreativen Aktivität verbunden: Ein Konzept für ein germanistisches Seminar zu verfassen ist ja keine Petitesse, und man verbrachte viele Stunden mit angeregten Diskussionen. Manchmal wundere ich mich aber doch darüber, wie viel Autonomie unsere akademischen Lehrer im bürgerlichen Basel uns zugestanden. Und denke mir insgeheim: Wären die Professoren damals doch etwas strenger gewesen und hätten nicht einfach zugeschaut, wie wir ahnungslosen Jungstudenten unser von Vorurteilen geprägtes Halbwissen zum Mass aller akademischen Dinge machten.

Vogts Vogelschau

Gefährliches Olympiefieber

Von Markus Vogt



«Wir haben in der Welt nicht sehr viele Freunde»: Mit diesem Satz fasste Sportminister Adolf Ogi zusammen, was in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul passiert war. Der Kongress des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) hatte am 19. Juni

1999 die Olympischen Winterspiele 2006 mit 53:36 Stimmen nach Turin vergeben – und nicht ins Wallis nach Sion. Ernüchterung, Frust, Tränen, auch Wut: Man war felsenfest überzeugt gewesen, die beste Kandidatur eingereicht zu haben. Der Schmerz war so gross, dass auch wir in Basel ein bisschen mit den Wallisern litten.

Nun, nach einer gewissen Zeit beruhigte sich die Schweizer Sportwelt wieder, und alsbald machte man sich daran, neue Kandidaturen zu prüfen. Zürich war mal im Gespräch, zögerte aber deutlich, Luzern ebenfalls (wollte aber nicht), Bern lehnte in einer Volksabstimmung ab. Die Walliser rappelten sich auf und brachten wieder Sion als «Host City», als Gastgeberstadt, ins Spiel. Sion und das Wallis stehen nicht allein – drei weitere Kantone aus der Westschweiz wollen sich beteiligen. In der Ostschweiz ist das Interesse nicht mehr so gross. In Graubünden sprach sich das Volk an der Urne mehrfach gegen Olympische Spiele aus: 1980 mit 77 Prozent Nein, im März 2013 mit 53 Prozent Nein zu einer Kandidatur für

2022, und im Februar 2017 mit 60 Prozent Nein gegen die Winterspiele 2026. Erstaunlich, welche Gemeinden Nein sagten: das bevölkerungsstarke Chur sowie die klassischen Wintersportorte Arosa, Davos und St. Moritz, Letzteres mit 56 Prozent. Nicht nur die Angst vor den Kosten spielte eine Rolle, auch die Glaubwürdigkeit der olympischen Bewegung, obwohl diese in den letzten Jahren wieder nach «einfacheren Spielen» ruft, quasi «back to the roots».

Das Olympia-Feuer konnte in der Bevölkerung nicht entfacht werden, im Gegenteil. Man sieht es im Bündnerland realistisch: Eine Ski-Weltmeisterschaft in St. Moritz ist gerade noch zu stemmen, aber auch nicht alle Jahre. Und es braucht schon ein «Eigengewächs» wie den Engadin Ski-marathon, um die Bevölkerung zu begeistern. «Coca-Cola-Spiele sind jedoch eine Schuhnummer zu gross», sagt man einer im Engadin.

Am 10. Juni entscheidet im Wallis das Volk an der Urne über einen Verpflichtungskredit des Kantons von 100 Millionen Franken. Man glaubt beim offiziellen Wallis, dass ein solcher Grosseve die Sportbegeisterung generell fördert und dass er ein wichtiger Katalysator für die Region und das Land sein wird. Als Impulsgeber fördere er eine Innovationskultur und dadurch die Realisierung zahlreicher Projekte. Der viertgrösste Sportanlass der Welt werde dem Wallis und der Schweiz eine einmalige Marketingchance eröffnen.

Die Winterspiele in Sotschi 2014 und von Pyeongchang 2018 haben bezüglich Nachhaltigkeit nicht überzeugt. Wir zweifeln nicht am guten Willen der Walliser, aber daran, dass die Spiele wieder einfacher werden. Sie bleiben eine Nummer zu gross für unser Land. Darum: Lasst die Hände weg von diesem Abenteuer!

Agenda

Unsere Demokratie braucht Reformen

Von Silvio Borner



Im Mittelpunkt der Reformdiskussionen steht fast immer die direkte Demokratie und hierbei vor allem die Volksinitiative. Darum soll es hier aber nicht gehen, sondern um den Bundesrat und das Parlament. Der Bundesrat und die ihn weitgehend leitende und lenkende Ver-

waltung haben an Bedeutung gewonnen, das Parlament hat entsprechend verloren.

Unsere Regierung, also der Bundesrat, wird nicht vom Volk direkt gewählt, sondern indirekt via Parlament. Wir haben daher weder ein Präsidialsystem (weil es keine Volkswahl gibt), aber auch keine parlamentarische Regierung, weil das Parlament die Regierung nicht durch einen Misstrauensantrag absetzen kann. Die Bundesräte sind somit faktisch auf Lebenszeit gewählt (Christoph Blocher und Ruth Metzler sind seltene Ausnahmen) und bestimmen ihren Rücktritt selber – im persönlichen oder parteipolitischen Interesse.

Die Nachteile haben sich in den letzten Jahren viel stärker bemerkbar gemacht, weil vor allem die Parteistrategien im Vordergrund stehen und nicht staatspolitische Überlegungen. Die Bundesräte spielen immer mehr Solorollen für die Medien, und ihre selber geschürten Rücktrittsgerüchte bewirken einen permanenten Wahlkampf zwischen den potenziellen Nachfolgern beziehungsweise den Parteien.

Diese Zersplitterung des Gremiums hat zudem dem Bundeskanzler und seinem Büro ein faktisches Machtmonopol für das Agenda-Setting verschafft.

Wie kommen wir da wieder raus, ohne das System total über den Haufen zu werfen? Die Lösung ist einfach und liegt auf der Hand. Nach den Parlamentswahlen, die alle vier Jahre stattfinden, bestimmt das neu gewählte Parlament den Bundesrat für eine vierjährige Amtszeit. Vakanzen sind ausser im Todes- oder Krankheitsfall nicht möglich, aber Rücktrittsankündigungen beziehungsweise Bereitschaft zur Wiederwahl sind beim Ablauf des Jahres vor den Wahlen erforderlich. Neuwahlen sind bei einer Vakanzen während der Amtszeit ausgeschlossen. Die Departements-Leitung wird bei einer allfälligen Lücke ad interim von einem anderen Bundesratsmitglied übernommen.

Alle vier Jahre wählt das neu zusammengesetzte Parlament den Gesamtbundesrat neu. Dies würde bedeuten, dass wir eine Art Koalitionsregierung bekämen. Gleichzeitig wäre der achte Bundesrat mit Namen Bundeskanzler abzuschaffen beziehungsweise im rotierenden Präsidialdepartement einzuordnen und so zu entmachten.

Das Parlament sollte aufgewertet werden, indem es von reinen Lobbyisten gesäubert und notfalls das Milizsystem geopfert werden müsste. Wir haben heute schon zu 90 Prozent vollamtliche Politiker, die aber mehrheitlich im Dienste von Sonderinteressen stehen.

Aber auch hier wäre das Rücktrittsrecht während der Amtszeit einzuschränken. Die einfachste Lösung wäre dabei der Ersatz des automatischen Nachrückens durch die Einführung einer parlamentarischen Nachwahl. Notfalls wäre auch eine Vakanz bis zum nächsten ordentlichen Wahltermin vorstellbar. Gerade im letzten Jahr vor den Neuwahlen sind durchsichtige taktische Rücktrittsspielchen im Parlament häufig zu beobachten. Nicht gewählte Sesselnachrücker sind mindestens so schlimm wie gewählte Sesselleber.

Silvio Borner ist emeritierter Professor der Ökonomie am WWZ der Universität Basel.

Basler Zeitung

Basler Zeitung AG

Gegründet 1842 (National Zeitung) und 1844 (Basler Nachrichten)

Verleger, Geschäftsführer und Chefredaktor.

Markus Somm (ms)

Stv. Chefredaktor.

David Thommen (en)

Chefredaktion. Erik Ebner (ebn), Leiter Politik/Wirtschaft – Viviane Joyce Laissue (vj), Chefin vom Dienst – Christian Keller (ck), Leiter Region – Laila AbdelAI, Assistentin

Politik, Wirtschaft. Erik Ebner (ebn), Leitung – Martin Furrer (mfu), stv. Leitung Politik – Lukas Lampart (lam) – Michael Hug (Autor, hu) – Patrick Griesser (pg), stv. Leitung Wirtschaft – Stephan Reuter (sr) – Christian Egli (che) – Christoph Hirter (hic)

Bundeshaus. Dominik Feusi (ff), Leitung – Beni Gafner (bg) – Alex Reichmuth (are) – Andrea Sommer (aso)

Basel-Stadt, Baselland, Region. Christian Keller (ck), Leitung – Dominik Heitz (he), Teamleitung Basel-Stadt – Joel Hoffmann (Jho), Teamleitung Land – Serkan Abrecht (sa) – Thomas Dähler (td) – Denise Dollinger (dd) – Lisa Groelly (lg) – Thomas Gubler (Gu) – Mischa Hauswirth (hws) – Nina Jecker (nj) – Franziska Laur (fl) – Alessandra Paone (ale) – Martin Regenass (mar) – Alexander Müller (amu) – Dina Sambar (dis) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Wahl (wh)

Sport. Marcel Rohr (mr), Leitung – Oliver Gut (og), stv. Leitung – Sebastian Briellmann (sb) – Tilman Pauls (tip) – Dominic Willmann (dw)

Kolumnisten: Marco Chiudinelli, Karl Odermatt, Marc Surer

Kultur. Raphael Suter (ras), Leitung – Markus Wüest (mw), stv. Leitung – Simon Bordier (bor) – Christoph Heim (hm) – Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Sigfried Schibli (bil) – Jochen Schmid (js)

Meinungen und Profile. Markus Vogt (mv)

Auslandskorrespondenten. Michael Bahnerth (mb), Berlin/Basel – Rudolf Balmer (RB), Paris – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (flü), Warschau – Willi Germond (wg), Bangkok – Martin Suter (sut), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Felix Lee (flp), Peking – Hansjörg Müller (hjm), London – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Kolumnisten. Manuel Bategay – Silvio Borner – Christoph Eymann – Felix Erbacher (FE) – Markus Häring – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Helmut Hubacher – Markus Melzi – Manfred Messner – Linus Reichlin – Eric Sarasin – Martin A. Senn – Eugen Sorg – Roland Stark – Tamara Werrill – Tino Krattiger

Spezialseiten. Bildung, Gesundheit heute: Denise Dollinger (dd) Essen & Trinken: Roland Habisberger (rh) Mobil: Benno Brunner (bb) Reisen: Peter de Marchi (pdm)

Beilagen/Projekte. Benno Brunner (bb) – Roland Habisberger (rh)

Produktion. Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Peter de Marchi (pdm) – Roland Habisberger (rh) – Christian Horisberger (ch) – Lukas Lampart (lam) – Stephan Reuter (sr) – Kurt Tschan (kt)

Gestaltung. Nino Angiuli (Art Director), Paul Graf

Bildredaktion/Fotografen. Florian Bärtschiger – Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrektur. Anne-Sophie Heer, Lesley Paganetti; Somedia

Sachbearbeitung. Milena De Matteis – Michèle Gartenmann – Marcel Münch

Dokumentation/Archiv. Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion. Aeschenplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 639 17 84, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Büro Laufental/Schwarzbubenland. Basler Zeitung AG, Postfach, 4245 Kleinlützel Tel. 061 639 11 11

Verlag. Aeschenplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst. Montag bis Freitag von 7.30–12 Uhr und 13–17 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise. Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MWST): 6 Monate Fr. 292.–, 12 Monate Fr. 556.– (Ausland auf Anfrage)

Leiterin Lesermarkt/Vertrieb. Martina Barth

Leiter Werbemarkt. Damian Fischer

Leiter Grafik und Druckvorstufe. Reto Kyburz

Inserate. Basler Zeitung AG, Aeschenplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20, inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Schalter für Inserate. Montag–Freitag von 8.00–12.00, 13.00–17.00 Uhr Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, schalter@baz.ch

Annoncenpreis. Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4.25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)

Ein Mitglied des metropool

Todesanzeigen. todesanzeigen@baz.ch, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19

Geschützte Marken.

Nordwestschweizer ZEITUNG
Basler Woche
Baslerfab

Druck. DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung AG. Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Neue Fricktaler Zeitung AG, Presse TV